

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Npf., bei Lieferung frei Haus 55 Npf. Postbezug monatlich 2,50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. - Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderbeistand und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. - D. N. II.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 54

Sonnabend den 5. März 1938

90. Jahrgang

Psychologische Barrieren

Ministerpräsident Hodtscha über die Beziehungen der Tschechoslowakei zum Deutschen Reich

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodtscha legte im Prager Abgeordnetenhaus und im Senat die Auffassung der tschechoslowakischen Regierung zur internationalen Lage dar. Er betonte die traditionell gewordene Zusammenarbeit der Tschechoslowakei mit Frankreich, stellte weiter das gute Verhältnis des Staates zu den Ländern im Donauraum fest und kam dann auf das Verhältnis zum Deutschen Reich zu sprechen.

Dabei verwies Ministerpräsident Dr. Hodtscha zunächst auf den zwischen den beiderseitigen diplomatischen Organen stattfindenden Meinungsaustausch, der das Ziel habe, daß die Organe der Öffentlichkeit, insbesondere der Journalistik, auf beiden Seiten Angriffe vermeiden und Objektivität als den höchsten Stolz der Presse bewahren. Mit gutem Erfolg seien auch Verhandlungen wirtschaftlicher Natur mit dem Deutschen Reich beendet worden; und wir zweifeln nicht, so sagte der Ministerpräsident wörtlich, daß der Meinungsaustausch auch über weitere Fragen im Geiste gegenseitigen Verständnisses geführt werden wird. Der Ministerpräsident kam kurz auf die Rede des Generalfeldmarschalls Göring zu sprechen und verwies auf die Erklärung des Führers und Reichskanzlers, daß zu den Interessen des Deutschen Reiches auch der Schutz der Bürger deutscher Nationalität anderer Staaten gehöre, die aus eigener Kraft nicht imstande seien, sich innerhalb ihrer Grenzen das Recht auf allgemeine menschliche, politische und weltanschauliche Freiheit zu sichern.

Nach unserem Urteil, so sagte Dr. Hodtscha, braucht man diese Erklärung nicht auf die Tschechoslowakei zu beziehen, deswegen nicht, weil man von den deutschen Bürgern der Republik nicht sagen kann, daß sie aus eigener Kraft nicht imstande wären, sich das vorgenannte Recht zu sichern. Es könnte jedoch die Anschauung entstehen, daß der Reichskanzler an den Schutz der Deutschen auch in der Tschechoslowakei dachte. Ein in diesem Sinn formulierter Standpunkt wäre ein Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei.

Es wäre ein sehr schlechter Dienst an der weiteren Entwicklung der Angelegenheiten in Mitteleuropa und an den Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und dem Deutschen Reich, wenn wir hier nicht sehr klar sagen würden, daß die Tschechoslowakei niemals und unter keinen Umständen einen Eingriff in ihre innerpolitischen Angelegenheiten zulassen kann. Die tschechoslowakische Regierung läßt daher niemanden in Zweifel darüber, daß die Bevölkerung dieses Staates sämtliche Attribute ihrer staatlichen Selbstständigkeit mit allen ihren Kräften, falls sie berührt würden, verteidigen würde.

Die Heimat der seit alters her hier ansässigen deutschen Bevölkerung liegt im tschechoslowakischen Staat. Es ist daher Aufgabe einzig und ausschließlich dieses Staates, vom ersten Tag seiner Erneuerung sein Verhältnis zu dieser Bevölkerung so zu regeln, daß diese selbst die ewige Wahrheit fühlt und erlebt, daß ihre ewige Heimat in der Tschechoslowakei ist.

Der deutsche Reichskanzler hat erklärt, daß es bei gutem Willen möglich ist, einen Weg des Ausgleiches zur Beruhigung zu finden. Mit dieser Ansicht des Reichskanzlers, sagte Hodtscha, stimme ich voll überein.

Zwischen dem Deutschen Reich und der Tschechoslowakei bestehen mehr Barrieren psychologischen als politischen Charakters. Unser Volk, selbst von nationalem Gefühl erfüllt, hat Verständnis für das nationale Gefühl jedes anderen. Es ist erforderlich, daß auch die Bevölkerung des Deutschen Reiches Verständnis dafür habe, was nach langen Jahrzehnten und Jahrhunderten des alten Habsburger Regimes die Seele der Bevölkerung der Tschechoslowakei bestimmt.

Wir können den Ausführungen von Herrn Hodtscha nur zustimmen, wenn er von dem Bemühen zu einem Ausgleich der Gegensätze spricht. Wenn die deutsche Staatsführung durch den Mund des Führers und Reichskanzlers auf Gefahren hinweist, die sich aus

einer Fremdherrschaft - in einer Form, daß sie als solche empfunden werden muß - gegenüber dem deutschen Volkstum außerhalb der Reichsgrenzen ergeben könnten, so war dies ein Beitrag zur Wahrung und Förderung des europäischen Friedens. Herr Hodtscha hat diese Ausführungen als eine Einnischung in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei angesehen. Es kann aber doch nicht verkannt werden, daß die schlechte Behandlung der nationalen Minderheiten, die gerade zu jenen Spannungen führte, die schließlich den Weltkrieg entzünden ließen, auch heute noch zu bedenklichen Störungen führen muß.

Wenn aber eine Beschäftigung mit dem Schicksal der deutschen Minderheiten schon als Einnischung gelten soll, wie es Herr Hodtscha zum Ausdruck bringt, dann müssen wir darauf hinweisen, daß uns das Los der Deutschen jenseits der Grenzen ebenso sehr am Herzen liegt, wie andere Völker für die Wahrung ihrer Rechte und ihrer Freiheit eintreten.

Gerade, da die Gleichberechtigung aller Nationalitäten erst zur Gründung der Tschechoslowakei führte, hätten die Kräfte, die Verständnis für das eigene Nationalgefühl forderten, ihre Verpflichtungen erfüllen und verhindern müssen, daß die verschiedenen zahlenmäßig starken Volksgruppen in der Tschechoslowakei nicht in eine Lage geraten, die der gleiche, über die sich die Tschechen in der Habsburgerzeit bedrückt erklärten.

Wenn Herr Hodtscha von den deutschen Bürgern der Tschechoslowakei erklärt, daß sie aus eigener Kraft imstande wären, sich ihr Recht zu sichern, so denkt er wahrscheinlich an die demokratische Verfassung, die jedem das Stimmrecht gibt. Er vergißt aber, daß diese demokratische Verfassung jede Majorisierung legalisiert. Er übersieht auch, daß das Deutschtum durch die Tätigkeit der Tschechifizierungsvereine, durch gewisse Auswirkungen des Staatsverteidigungsgesetzes schweren Schädigungen ausgesetzt ist, Schädigungen, die noch vergrößert werden dadurch, daß das Sudetendeutschtum auf seinem Gebiet nicht schalten und walten darf.

Das Sudetendeutschtum fühlt sich eben nicht, wie der tschechoslowakische Ministerpräsident zum Ausdruck bringt, heimlich auf eigenem Grund und Boden.

Das, was in diesem Staat heute geschieht, kann also nicht befriedigen; denn es ist Sache der tschechoslowakischen Staatsführung, solche Zustände zu ändern und damit zwischenstaatliche Spannungen zu mindern. Es ist auch nicht das erste Mal, daß die Tschechoslowakei auf diese Schäden aufmerksam gemacht wird, zumal auch andere europäische Großmächte auf die Lage des Sudetendeutschtums hingewiesen haben.

Das deutsche Volk, das Achtung hat vor jeder Nation, das verlangt, daß diese Achtung in gleicher Weise denjenigen Volksgruppen gezeigt wird, die das Diktat der Friedensverträge dazu verurteilt hat, anderen Staaten anzugehören, wünscht, daß auch der tschechoslowakische Staat im eigenen Staat den Frieden schafft. Es wünscht, daß der tschechoslowakische Staat von sich aus ein Gleichgewicht finden möge, das nicht als Ausgleich für die Unterdrückung anderer Volksgruppen die Unterstützung fremder Mächte und vielleicht noch die Stärke der eigenen Bajonette nicht. Es wünscht das so sehr, wie es nicht darauf verzichten will, Anteil zu nehmen am Schicksal der Deutschen jenseits der Grenzen.

Die Sowjetunion im Zustande der Auflösung

Belgrad. Die „Samouprava“, das Zentralorgan der Regierungspartei, veröffentlicht eine scharfe Abrechnung mit den Moskauer Machthabern. Das Blatt des Ministerpräsidenten Stojadinowitsch kommt dabei zur nachstehenden Schlussfolgerung:

Der neue Schauprozeß zeigt, daß Sowjetrußland sich in einem Zustande der völligen Auflösung, des inneren Unfriedens, der rastlosen Verfolgung und Unterdrückung befindet. Die Sow-

Der Führer besucht die Automobilausstellung

Berlin. Der Führer besichtigte am Freitag abend noch einmal eingehend die Internationale Automobil- und Motorrad-Ausstellung Berlin 1938, nachdem er bereits bei der Eröffnung längere Zeit auf dieser einzigartigen Leistungsschau des deutschen Automobilbaus gewirkt hatte.

Wiederum ging der Führer durch sämtliche Hallen der Riesenausstellung und überzeugte sich überall von dem Fortschritt und dem Leistungsstand aller Zweige der deutschen Automobil- und Motorenindustrie.

jetunion ist ein Staat, in dem Männer, die bis vor kurzem, ja bis vor einer Stunde befohlen haben, plötzlich verhaftet, getötet und ermordet werden.

Wir Jugoslawen können uns beglückwünschen, daß unsere Staatsmänner trotz der „Ratsschläge“ aus Paris und Prag sich weigerten, mit Sowjetrußland in Beziehungen zu treten oder mit ihm in irgendwelche Verührung zu kommen; denn die Sowjetunion ist ein in Gärung begriffener Staat, der durch einen revolutionären Dauerprozeß zerlegt wird. Sie hetzt das Volk einer immer weiter um sich greifenden Zerstörung, die zunächst den eigenen Bestand gefährdet, dann aber vielleicht schon morgen auch für uns und für Europa gefährlich werden kann.

Hungerrevolten in Barcelona

Note Brigaden verweigern Frontdienst.

In Barcelona ist es bei Bekanntwerden einer erneuten Kürzung der Rationen unter der Bevölkerung zu einer Protestbewegung gekommen, die drohende Formen annahm. Die bolschewistischen „Ueberfallkommandos“ mußten eingreifen, um die hungernden Opfer der sowjetspanischen Gewaltherrschaft auseinanderzutreiben. Dabei wurden zahlreiche Personen verhaftet, denen die schwersten Strafen bevorstehen.

Die durch die Niederlage von Teruel ausgelöste schwere Krise in den Reihen der Bolschewisten macht sich immer stärker bemerkbar. Die Zahl der roten Ueberläufer steigt weiter an allen Fronten. Allein an der Aragon-Front liefen an einem Tage wieder über 100 Milizleute zu den Nationalen über. Sie machten interessante Aussagen über die zunehmenden Meutereien unter den bolschewistischen Heerhaufen. Sogar die Brigaden „Dimitroff“ und „Kilfer“, die zu 50 v. H. aus Ausländern zusammengesetzt sind, hätten sich trotz Befehls geweigert, an die Front zu gehen. Aus diesem Grunde stünden gegenwärtig 60 „Offiziere“ wegen Meuterei unter Anklage. Zwei „Offiziere“ seien erschossen worden, weil sie sich geweigert hätten, ihre Leute sinnlos als Kanonenfutter zu vergeuben.

Der große Vertragsbruch

Die Märzfolge des „Reichschulungsbriefes“, deren Auflage nunmehr über drei Millionen beträgt, behandelt das Schanddiktat von Versailles. - Der Leitartikel „Der große Vertragsbruch, Gewaltfriede und Systempolitik“ von dem bewährten Historiker Dr. Wilhelm von Kloeber gibt zunächst einen zusammenfassenden Ueberblick über Vorgeschichte und Zustandekommen des Versailler Diktats sowie über seinen Inhalt und seine Auswirkungen. Klar wird sein alleiniges Ziel, die endgültige Zerstörung und Vernichtung Deutschlands, herausgestellt.

Der zweite Teil dieser vortrefflichen Arbeit behandelt den erbärmlichen Verrat der Parteien des marxistisch-zenträlistischen Systems bis zu dessen restlosen Zusammenbruch unter Brüning.

In einer Gemeinschaftsarbeit werden die antideutschen Kräfte: „Juden, Freimaurer und politisierende Kirche“ als die wahren Urheber der Diktate von Versailles und St. Germain gekennzeichnet. Interessantes Material ist hier zusammengetragen und ausgewertet.

Ein Tatfassenbericht: „Kriegsschuld wahrheit gegen Kriegsschuld lüge“ führt die Beweise für die Kriegsvorber-

